

## **Unterrichtung**

**durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

**Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom 9. bis 10. September 2024, Budapest, Ungarn**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1</b> <b>Teilnehmende der deutschen Delegation</b> .....	2
<b>2</b> <b>Einführung</b> .....	2
<b>3</b> <b>Ablauf der Tagung</b> .....	2
<b>4</b> <b>Eröffnungssitzung</b> .....	2
<b>5</b> <b>Das zukünftige Europa und die Länder, die der EU beitreten wollen</b> .....	3
<b>6</b> <b>Prioritäten und aktuelle Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik</b> .....	3
<b>7</b> <b>Der Schutz der Außengrenzen und illegale Migration</b> .....	3
<b>8</b> <b>Geopolitische und strategische Verschiebungen in der Welt</b> .....	3
<b>9</b> <b>Dringlichkeitsdebatte über die Auswirkungen wahlloser russischer Angriffe auf die ukrainische Wirtschaft und Infrastruktur</b> .....	4
<b>10</b> <b>Erklärung der Co-Vorsitzenden</b> .....	5

## 1 Teilnehmende der deutschen Delegation

An der 25. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Rainer Semet** (FDP),

Abgeordnete **Sara Nanni** (Bündnis 90/Die Grünen)

Abgeordneter **Gerold Otten** (AfD).

## 2 Einführung

Die IPC GASP/GSVP wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter/der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

## 3 Ablauf der Tagung

Die 25. Tagung der IPC GASP/GSVP fand auf Einladung des ungarischen Parlaments (ungarische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2024) vom 9. bis 10. September 2024 in Budapest statt. An der Konferenz nahmen 120 Delegierte aus 26 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie 29 Delegierte aus Partnerländern (Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Kosovo, Moldau, Montenegro, Nord-Mazedonien, Serbien, Türkei, der Ukraine und dem Vereinigten Königreich) teil. Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und vier thematische Sitzungsblöcke sowie eine Dringlichkeitssitzung unterteilt. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sendete eine Videobotschaft an die Delegierten.

Das ungarische Parlament legte den Schwerpunkt der Debatten auf das Thema Bekämpfung der illegalen Migration. Von den ungarischen Gastgebern wurde die Unterbindung illegaler Migration sowie eine Beteiligung der EU an den Kosten der Sicherung der Außengrenzen gefordert. Aufgrund des andauernden Krieges in der Ukraine lag ein weiterer Fokus der Debatten auf diesem Thema. Die Delegierten bekundeten in großer Geschlossenheit die Solidarität gegenüber der Ukraine und den Willen weiterer Unterstützung im Kampf gegen den russischen Aggressor. Darüber hinaus wurde über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in der GASP und der GSVP debattiert. Dabei wurde die geopolitische Positionierung der EU sowie die Verteidigungsfähigkeit Europas beleuchtet und eine Verbesserung der Strukturen in der europäischen Rüstungsindustrie gefordert.

Die nächste IPC GASP/GSVP wird voraussichtlich vom 23. bis 25. März 2025 in Warschau, Polen, auf Einladung des polnischen Parlaments stattfinden.

## 4 Eröffnungssitzung

In seiner Eröffnungsrede erläuterte der stellvertretende Präsident der ungarischen Nationalversammlung, **János Latorcai**, die Schwerpunkte der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft, wobei die EU-Erweiterung und die Sicherung der Außengrenzen hohe Priorität hätten. Ungarn schütze mit seinem Grenzschutz die gesamte EU und daher solle diese auch anteilig für die Kosten aufkommen, forderte er. **Zsolt Németh**, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der ungarischen Nationalversammlung unterstrich, dass Ungarn sich mit den Verträgen der EU identifiziere und die Ziele sowie die gemeinsamen Werte der EU teile. Eine unterschiedliche Auslegung der Verträge führte zeitweise zu Meinungsverschiedenheiten auf dem Weg zur Erreichung der gemeinsamen Ziele. Herr **Lajos Kósa**, Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Strafverfolgung der ungarischen Nationalversammlung unterstrich, dass Ungarn ein gleichberechtigter Partner in der europäischen Familie sei, und sich für ein starkes Europa in Freiheit und Wohlstand einsetze. Um gemeinsame Ziele zu erreichen, müsse man einander zuhören und miteinander reden, weshalb er den Delegierten für Ihre Teilnahme an der Konferenz danke. **David**

**McAllister**, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, unterstrich die herausgehobene Bedeutung der Unterstützung der Ukraine als oberste Priorität. Die internationale regelbasierte Ordnung gelte es zu verteidigen. Er beschrieb die Notwendigkeit für effektivere Entscheidungsfindungen in der EU und für institutionelle Reformen, um die Strukturen der EU zukunftsfähig zu gestalten.

## 5 Das zukünftige Europa und die Länder, die der EU beitreten wollen

Im ersten Sitzungsabschnitt schilderte der EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, **Olivér Várhelyi**, den Stand der Beratungen mit den einzelnen Kandidatenländern. Diese würden verstärkt finanziell unterstützt, um Reformen umzusetzen und Beitrittsbedingungen zu erfüllen. Nun sei es an den Kandidaten, Fortschritte zu belegen. Die EU sei bereit für eine Erweiterung und die Aufnahme neuer Mitglieder habe hohe Priorität. **János Bóka**, ungarischer Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union, forderte eine Beschleunigung der Aufnahme von Ländern des Westbalkans in die EU. Die EU falle hinter die globalen Wettbewerber zurück und müsse wirtschaftlich wieder an Stärke gewinnen.

## 6 Prioritäten und aktuelle Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Im zweiten Sitzungsabschnitt wurde eine Videobotschaft des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission, **Josep Fontelles Borrell**, gezeigt, in der er forderte, Europa zu einem starken geopolitischen Akteur zu machen. **Simon Mordue**, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes erläuterte die geopolitische Situation und die Herausforderungen der EU. Er betonte die Notwendigkeit eines neuen strategischen Ansatzes, der die Interessen der EU in den Mittelpunkt der Politiken stelle. Die EU müsse mehr Verantwortung übernehmen, die Verteidigungsindustrie stärken und die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen senken. Darüber hinaus müsse die EU ihre Resilienz nach innen und außen stärken. Abgeordnete **Sara Nanni** unterstrich in der Diskussion die Notwendigkeit, die eigene Infrastruktur besser vor russischer Spionage zu schützen. Sie bezichtigte Russland der Vorbereitung weiterer Aggressionen und rief dazu auf die eigenen Verteidigungsfähigkeiten zu stärken.

## 7 Der Schutz der Außengrenzen und illegale Migration

Im dritten Sitzungsabschnitt erläuterte der stellvertretende Innenminister Ungarns, **Bence Rétvári**, die ungarische Migrationspolitik und forderte strengere Kontrollen an den Außengrenzen der EU und Asylverfahren außerhalb der EU durchzuführen sowie eine Beteiligung der EU an den Kosten der Grenzsicherung an den EU-Außengrenzen. Er verwies dabei auf Deutschland, das just bekanntgegeben habe, zu allen Nachbarn Grenzkontrollen einzuführen. Sollte die EU Ungarn verpflichten, weitere Personen aufzunehmen, werde man diese per Bus nach Brüssel schicken. Der stellvertretende nationale Polizeichef Ungarns, **János Kuczik**, schilderte die Arbeit der ungarischen Grenzbeamten. Er klagte über gewalttätige Migranten und forderte stärkere Anstrengungen den Menschenhandel zu stoppen. Abgeordneter **Rainer Semet** sprach sich in der Diskussion für stärkere Grenzkontrollen aus, um illegale Migration zu verhindern. Man müsse die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen. Um illegale Migration zu verhindern, müsse man gemeinsam handeln und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten verbessern.

## 8 Geopolitische und strategische Verschiebungen in der Welt

Im vierten Sitzungsabschnitt beschrieb der Staatssekretär für Sicherheitspolitik und Energiesicherheit im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel von Ungarn, **Péter Sztáray**, die gegenwärtige Weltlage als in einem Übergang von einer bipolaren zu einer multipolaren Weltordnung befindlich. Die EU verliere in diesem Prozess an Einfluss in der Welt und besonders in Asien. Er bemängelte das Fehlen einer Strategie zur Positionierung der EU zwischen China und den USA. Um die Resilienz der EU zu stärken, sei Einigkeit von Bedeutung. Diese lasse sich nicht durch Mehrheitsentscheidungen erreichen. Unterschiedliche Positionen müssten zugelassen und gemeinsame Lösungen erarbeitet werden. Um den Frieden zu erhalten, bedürfe es der Stärkung militärischer Fähigkeiten, unterstrich er abschließend. Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, **Pia Kauma**, berichtete über die Entstehung der OSZE im kalten Krieg als eine Organisation, die 57 Staaten mit unterschiedlichen Meinungen, Ansichten und politischen Systemen zusammenbrachte. Die OSZE habe sich als Plattform für Dialog etabliert und biete eine große Palette von Instrumenten zur Friedenssicherung und Konfliktnachsorge. Um Frieden zu erreichen, brauche es Vertrauen; daran arbeite die OSZE gemeinsam mit der EU, insbesondere um den Krieg in der Ukraine und den Konflikt im Nahen Osten zu beenden.

## 9 Dringlichkeitsdebatte über die Auswirkungen wahlloser russischer Angriffe auf die ukrainische Wirtschaft und Infrastruktur

In einer Dringlichkeitssitzung zu den Folgen der wahllosen russischen Angriffe auf die ukrainische Wirtschaft und Infrastruktur forderte Delegierter **Adam Bielan**, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des europäischen Parlaments, die Aufhebung von Auflagen zu bereitgestellten Waffen und appellierte an Ungarn, der EU-Militärhilfe für die Ukraine zuzustimmen. Abgeordneter **Rainer Semet** forderte weitere Unterstützung für die Ukraine. Sollte Russland den Krieg gewinnen, werde die Ukraine aufhören zu existieren. Dies müsse unbedingt verhindert werden.

Berlin, den 31. Oktober 2024

**Rainer Semet**

Vorabfassung - wird durch eine lektorierte Version ersetzt.

## 10 Erklärung der Co-Vorsitzenden

### **25. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) Budapest, 9.-10. September 2024**

#### **Gemeinsame Erklärung der Co-Vorsitzenden**

*Die 25. Interparlamentarische Konferenz (IPC) für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik fand im Rahmen der parlamentarischen Zusammenarbeit unter dem ungarischen Vorsitz im Rat der Europäischen Union statt. An der Veranstaltung nahmen Mitglieder der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie Mitglieder der nationalen Parlamente der EU-Beitrittskandidaten und der potenziellen EU-Beitrittskandidaten und der europäischen NATO-Mitgliedstaaten als Beobachter sowie andere hochrangige Gäste teil. Diese Erklärung enthält die wichtigsten Überlegungen zu den Themen der Interparlamentarischen Konferenz. Der Inhalt des Dokuments ist nicht rechtsverbindlich.*

Als Ko-Vorsitzende der 25. Interparlamentarischen Konferenz:

#### **EU-Erweiterung und Zukunft Europas**

1. stellen wir fest, dass Europa angesichts des Zusammenwirkens des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine in unserer Nachbarschaft, umfassenderer geopolitischer Herausforderungen, einschließlich der sich verschlechternden Position der EU im globalen Wettbewerb, einer allgemein instabilen Sicherheitslage sowie von Migration, Klimawandel und der demografischen Entwicklung vor außerordentlichen Herausforderungen steht;
2. bekräftigen wir, dass die Erweiterungspolitik nach wie vor das wirksamste Instrument der EU ist, das für den Kontinent und die EU eine geostrategische Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Wir betonen, dass die Mitgliedschaft in der EU ein entscheidender Motor für Wandel ist und unsere kollektive Sicherheit und unseren sozioökonomischen Wohlstand fördert;
3. erinnern wir daran, dass die Erweiterungspolitik die erfolgreichste Strategie der EU ist und auch weiterhin ein leistungsbezogener, ausgewogener und glaubwürdiger Prozess sein wird. Wir begrüßen die neuen Impulse und Fortschritte im Beitrittsprozess im vergangenen Jahr. Der EU-Westbalkan-Gipfel und das nächste Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft werden im Herbst 2024 stattfinden, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit weiter auszubauen und zu vertiefen;
4. fordern wir die EU auf, die Glaubwürdigkeit des auf objektiven Kriterien beruhenden und leistungsbezogenen Beitrittsprozesses zu stärken, wobei die Grundwerte und -prinzipien im Mittelpunkt stehen und die Fähigkeit der EU, neue Mitglieder aufzunehmen, zu berücksichtigen ist. Wir stellen fest, dass die Glaubwürdigkeit des Erweiterungsprozesses nur durch eine leistungsbezogene Erweiterungspolitik bewahrt werden kann;
5. erinnern wir an das langjährige Engagement der EU für die europäische Perspektive der Länder des westlichen Balkans. Wir stellen fest, dass die Integration der Region in die EU in wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und geopolitischer Hinsicht für beide Seiten von Vorteil ist;
6. begrüßen wir die kürzlich aufgenommenen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau und ermutigen Georgien, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, um im europäischen Integrationsprozess weiter voranzukommen, in der festen Überzeugung, dass die stetige Integration dieser Länder in die EU eine geostrategische und demokratische Chance und eine Investition in ein geeintes und starkes Europa darstellt;
7. erinnern wir daran, dass die weitere Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Türkiye hin zu einer engeren, dynamischeren und strategischeren Partnerschaft, die ein erhebliches Potenzial hat, im Interesse der EU ist;

8. sind wir der Auffassung, dass die EU den Erweiterungsprozess parallel zu den institutionellen und entscheidungsprozessbezogenen Reformen beschleunigen sollte, die erforderlich sind, um die Integrationsfähigkeit der EU zu wahren und um sicherzustellen, dass der Beitrittsprozess der Kandidatenländer nicht durch das Ausbleiben dieser Reformen verzögert wird. Wir fordern die EU auf, ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den Partnern, die sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Beitrittsverhandlungen befinden, zu wahren;

#### **Aktuelle außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Herausforderungen in der Welt**

9. verurteilen wir den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und bekräftigen unsere anhaltende Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine in ihren international anerkannten Grenzen sowie die unerschütterliche Bereitschaft der EU, so lange wie nötig Unterstützung zu leisten;

10. fordern wir die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich aktiv für die Verwirklichung und Aufrechterhaltung einer möglichst breiten internationalen Unterstützung für die Ukraine einzusetzen; in diesem Zusammenhang unterstützen wir alle echten Friedensinitiativen, einschließlich der vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vorgestellten Friedensformel (Peace Formula);

11. unterstreichen wir die Bedeutung der Europäischen Friedensfazilität (EFF) und begrüßen die militärische Unterstützungsmission der EU (EUMAM) zur Unterstützung der Ukraine sowie ihren flexiblen Ansatz, der es ermöglicht, auf die Bedürfnisse des ukrainischen Generalstabs einzugehen;

12. halten wir es für wichtig, so bald wie möglich an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen;

13. fordern wir nachdrücklich die Verbesserung der europäischen Energiesicherheit und betonen die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit in Sachen Ernährungssicherheit in Reaktion auf die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verursachten Störungen der Energie- und Lebensmittelversorgung;

14. verurteilen wir den Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober. Wir fordern nachdrücklich, dafür zu sorgen, dass sich solch ein brutaler Terrorangriff nirgendwo auf der Welt je wiederholt. Wir betonen, dass die Eskalation des Konflikts hin zu einem regionalen Krieg unter allen Umständen vermieden werden muss. Den Schutz der Zivilbevölkerung betrachten wir als Priorität;

15. betonen wir, dass die sichere Bereitstellung von Hilfe für die Zivilbevölkerung von Gaza Priorität haben muss, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, wobei sicherzustellen ist, dass diese Hilfe nicht in die Hände von Terrororganisationen fällt. Wir fordern alle Parteien auf, die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts einzuhalten und die Resolution 2712 des VN-Sicherheitsrats zu befolgen, in der gefordert wird, dass alle verfügbaren Korridore, die in und durch den gesamten Gazastreifen führen, genutzt werden, um die Bereitstellung von Hilfe zu ermöglichen;

16. fordern wir einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand, um der drohenden Gefahr einer Hungerkatastrophe entgegenzuwirken, sowie die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln und fordern gleichzeitig, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sofortigen Zugang zu allen in Gaza festgehaltenen Geiseln erhält und sie medizinisch versorgt. Ferner verurteilen wir die Beschleunigung der illegalen Besiedlung palästinensischer Gebiete;

17. sind wir davon überzeugt, dass eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konflikts nur durch politischen Dialog erreicht werden kann. Frieden kann nur dann erreicht werden und staatliche Strukturen werden nur dann funktionieren, wenn dies durch direkte Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien herbeigeführt wird;

18. unterstützen wir die laufende Arbeit der Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete (EUPOL COPPS) und der EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes (EU BAM) in Rafah, die die Reform des Sicherheits- und Justizsektors der palästinensischen Behörden und das integrierte Grenzmanagement unterstützen;

19. sind wir sehr besorgt über die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten und fordern alle Parteien nachdrücklich auf, von einer weiteren Eskalation abzusehen. Ein regionaler Konflikt muss um jeden Preis verhindert werden. Die Unterstützung durch zuverlässige Partner in der Region muss gestärkt werden und destabilisierenden Akteuren muss entgegengewirkt werden;

20. betonen wir, dass die EU ein strategisches Interesse an der Entwicklung kooperativer Beziehungen und eines stabilen und sicheren Umfelds im östlichen Mittelmeerraum hat;

21. sind wir davon überzeugt, dass die größte Stärke der EU in ihrer Einheit bei gleichzeitiger Vielfalt liegt; dies gilt unserer Ansicht nach auch für den Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir sind bereit, über Möglichkeiten zur effizienteren Entscheidungsfindung in diesem Bereich zu diskutieren;

### **Schutz der Außengrenzen und Instrumentalisierung von Migration**

22. nehmen wir zur Kenntnis, dass der ungarische Ratsvorsitz in diesem Halbjahr ein besonderes Augenmerk auf die externe Dimension der Migration legen wird, wie beispielsweise eine wirksame Zusammenarbeit mit betroffenen Drittländern, effizientere Rückführungen und umfassende Lösungen auf EU-Ebene im Einklang mit dem EU-Recht und dem Völkerrecht;

23. sind wir davon überzeugt, dass die Sicherheit und der Wohlstand der EU in engem Zusammenhang mit der Stärke und Stabilität unserer Grenzen stehen, weshalb wir die Notwendigkeit betonen werden, den Schengen-Raum krisenfester zu machen. Das einwandfreie Funktionieren des Schengen-Raums ist von entscheidender Bedeutung für den Schutz der vier Freiheiten, die Teil des Besitzstands der EU sind;

24. weisen wir darauf hin, dass Migration durch eine Reihe von Krisen beeinflusst wird, darunter bewaffnete Konflikte, Klimawandel und Wirtschaftskrisen, die den Migrationsdruck an den EU-Grenzen erhöhen. Diese Herausforderungen erfordern eine gemeinsame Antwort der EU-Mitgliedstaaten und müssen auch durch einen besseren Schutz der Außengrenzen sowie durch die Bekämpfung der grundlegenden Ursachen und Triebkräfte von irregulärer Migration, Flucht und Vertreibung angegangen werden. Wir sind entschlossen, die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern zu verstärken, um die Rückkehr, Rückübernahme und Wiedereingliederung gemeinsam zu organisieren und effizienter zu gestalten;

25. betonen wir, wie wichtig es ist, die Grenzmanagementkapazitäten der EU zu erhöhen, die eine entscheidende Rolle beim Schutz unserer Außengrenzen spielen und die erheblichen finanziellen Aufwendungen der Mitgliedstaaten zur Sicherung der EU-Außengrenzen komplementieren sollten;

26. fordern wir eine engere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten beim Informationsaustausch und bei gemeinsamen Einsätzen, um Schleuserkriminalität und Menschenhandel wirksamer vorzubeugen und zu bekämpfen;

27. halten wir es für äußerst wichtig, zum Schutz der Außengrenzen und zur Stabilisierung der Sicherheit der EU unsere gemeinsamen Anstrengungen zu koordinieren und den Schengen-Besitzstand, insbesondere den Schengener Grenzkodex, vollständig umzusetzen, da auf diese Weise sichergestellt werden kann, dass die Vorteile der Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums erhalten bleiben und gleichzeitig die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gewährleistet wird.

**Zsolt Németh**  
Vorsitzender

Ausschuss für  
auswärtige Angelegenheiten

Ungarische Nationalversammlung

**Lajos Kósa**  
Vorsitzender

Ausschuss für Verteidigung  
und Strafverfolgung

Ungarische Nationalversammlung

**David McAllister**  
Vorsitzender

Ausschuss für  
auswärtige Angelegenheiten

Europäisches Parlament